

Eisiges Schweigen – Bei den Arbeitgebern wird der Rentenstreit zum Bühnenspektakel



Von **Tobias Kaiser**

Senior Editor Arbeit & Soziales

Stand: 26.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) versucht beim Arbeitgebertag, den Rentenstreit klein zu halten

Quelle: Fabian Sommer/dpa

Beim Arbeitgebertag prallen die unterschiedlichen Positionen im Koalitionsstreit aufeinander. Arbeitsministerin Bärbel Bas erntet Spott, Wirtschaftsministerin Katherina Reiche bekommt Applaus. Und Bundeskanzler Friedrich Merz würde den Koalitionskrach am liebsten abhaken.

Ausgerechnet, als es um die Haltelinie geht, verhaspelt sich Bärbel Bas (SPD). „Wer von einer Verlängerung der Halte... von einer Verlängerung der Halte proferieren... profitieren alle Generationen“, korrigiert sich die geübte Rednerin im Redefluss. Der Versprecher ist nachvollziehbar: Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales spricht unter erschwerten Bedingungen.

Anders als bei den Beiträgen ihrer Vorrednerinnen und -rednern herrscht im Saal eisiges Schweigen: keine Lacher zwischendurch, kein Zwischenapplaus. Hier auf dem Deutschen Arbeitgebertag, wo sich Unternehmen und Arbeitgebervertreter treffen, schlägt ihr keine Sympathie entgegen.

Und das war nur der Beginn ihrer Rede. Als es zum Thema Rente kommt, wird deutlich, wie tief die Kluft zwischen ihrer Position und den Überzeugungen im Saal ist. Etwa, als sie darauf besteht, dass die Stabilisierung bei der Haltelinie für die Rentenzahlungen nicht von den Beitragszahlern finanziert werde, sondern aus Steuermitteln – ein Satz, der mit lautem Lachen quittiert wird. Bas reagiert souverän aber kühl und spricht vom „Grundversprechen unseres Sozialstaats“, dass Rentnern nach einem langen Arbeitsleben eine auskömmliche Altersversorgung zustehe.

Die SPD-Ministerin verteidigt das Rentenpaket, das die Regierungsparteien bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart haben und das sie im Kabinett eingebracht hat. Es sieht unter anderem die Absicherung des Rentenniveaus bis 2031 bei 48 Prozent und der Verlängerung der Mütterrente vor. Die Politik setze das Paket so um, wie es im Koalitionsvertrag beschlossen worden sei, sagt Bas und nicht alles setze sie gern um. Dass die SPD von der Verlängerung der Mütterrente wenig hält, ist bekannt.

Bas nutzt die Bühne aber auch, um die Arbeitgeber an ihre Mitverantwortung zu erinnern. Sie wirbt für Tarifbindung, Weiterbildung und Fachkräftegewinnung (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus691893bb2e02fdb8bd727257/frieren-fuer-den-wohlstand-so-funktioniert-das-finnische-experiment.html>), spricht über das geplante und in der Wirtschaft hochumstrittene Tariftreuegesetz – „Ich höre schon: Oh Gott“ – und über die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

Versöhnen kann sie das Publikum damit allerdings nicht und gegen Ende ihrer Rede bringt die Politikerin die Unternehmer im Saal regelrecht gegen sich auf, als sie sagt: „Ich polarisiere vielleicht mit Themen, aber im Gegensatz zu Ihnen habe ich immer auch die andere Seite im Blick“. Der Saal quittiert das Gesagte mit Entrüstung.

Katherina Reiche: die Anti-Bas

Es war wohl eher Fauxpas und ungeschickte Formulierung als bewusste Provokation, aber beim ohnehin wenig wohlwollenden Publikum war der Schaden angerichtet. „Die Begeisterung bei der Bundesarbeitsministerin war limitiert“, wird Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer des ausrichtenden Arbeitgeberverbands BDA, später sagen.

Was für ein Kontrast zum Auftritt von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) am Morgen. Es war der Moment der Anti-Bas: Reiche hatte den Arbeitgebertag mit einer Rede eröffnet, deren Ton die Stimmung im Saal zu treffen schien. „Uns läuft die Zeit davon“, warnte sie, und forderte eine „Agenda 2030“, ein Fitnessprogramm für die deutsche Wirtschaft.

Die Ministerin rief nach weniger Bürokratie, niedrigeren Energiekosten, einem schlankeren Sozialstaat und einem späteren Renteneintrittsalter. Ihre Diagnose: Deutschland schöpfe seine Möglichkeiten nicht aus, die Verwaltung sei zu träge und die Regierung, der sie angehört, zu zögerlich. Mit ihrer Forderung nach einer Koppelung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung traf Reiche den Nerv des Publikums. Sie sprach von „mutigen und unbequemen Entscheidungen“, die nötig seien und bekam dafür anhaltenden Applaus.

Der Auftritt der beiden Ministerinnen hebt den Koalitionskrach bei der Rente auf die offene Bühne. Seit Wochen ringt die schwarz-rote Koalition um das Rentenpaket, das Bas und Kanzler Merz im Dezember durch den Bundestag bringen wollen. Doch inzwischen ist der Streit um das Paket in und zwischen den Koalitionsparteien offen ausgebrochen.

Die SPD verweigert Nachverhandlungen, Bas pocht auf Vertragstreue, während die Junge Union und junge Unionsabgeordnete das Paket blockieren wollen. Das Argument der Jungen: Die geplante Fixierung des Rentenniveaus über 2031 hinaus sei nicht finanzierbar und belaste künftige Generationen. Johannes Winkel, der Vorsitzende der Jungen Union nutzt seinen Auftritt auf dem Arbeitgebertag, um im Rentenstreit noch einmal nachzulegen. Es sei unredlich, Kosten in die Zukunft zu verschieben, die kommende Generationen nicht mehr tragen könnten, sagt der Politiker.

Der mit viel Applaus begleitete Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) zeigt allerdings auch, dass der Rentenstreit bis auf Weiteres nicht ausgestanden sein dürfte. Merz wollte den Streit vor allem kleinreden. Den Großteil seiner Rede verwendet er darauf, den Konflikt, um die Haltelinie als Nebenschauplatz darzustellen – als eine Posse angesichts der tektonischen Verschiebungen im globalen Machtgefüge. Er beschwört Konrad Adenauer und Helmut Kohl, spricht von Francis Fukuyama, von der Nato, von China und vom „Ende der Epoche des bequemen Westens“. Und er erinnert an die gemeinsame Verantwortung: „Wenn wir in dieser Welt bestehen wollen, geht es um mehr als 48 Prozent Haltelinie.“

Und was die Haltelinie selbst angeht: Da wiederholt Merz – wenn auch mit mehr Pathos – die Positionen von Bundesarbeitsministerin Bas und Finanzminister Lars Klingbeil (SPD): Die Rentenmaßnahmen seien im Koalitionsvertrag vereinbart und würden so umgesetzt. So weit, so vertragstreu. „Wir brauchen Verlässlichkeit und Stabilität“, sagt Merz, „vor allem für die, die sich auf die gesetzliche Rente verlassen müssen (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus68fc8df3fcf35fc6883of1c7/die-antwort-auf-das-renten-raetsel-wie-wir-unseren-wohlstand-bewahren-koennen.html>)“. Das betreffe vor allem sehr viele Rentner in Ostdeutschland, die sich nur auf die gesetzliche Rente verlassen können.

Die Arbeitgeber im Saal quittieren den Auftritt von Merz zwar mit langem Applaus. Aber ob sie seine Einschätzung teilen, dass es bei den zusätzlichen Rentenverpflichtungen um Petitessen geht, das ist fraglich.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „Business Insider Deutschland“ (<http://www.businessinsider.de>) erstellt.

Tobias Kaiser (<https://www.welt.de/autor/tobias-kaiser/>) verfolgt als Senior Editor Arbeit & Soziales die großen Verschiebungen in Arbeitswelt und Gesellschaft und die Reaktionen der Politik.